



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
Telefax 041 228 60 97
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Gesundheit
Direktionsbereich Kranken- und Unfall-
versicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht
Hessstrasse 27E
3003 Bern

Luzern, 21. Mai 2013

Protokoll-Nr.: 592

Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für eine öffentliche Krankenkasse" (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung; KVG)

Stellungnahme der Regierung des Kantons Luzern

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Februar 2013 haben Sie uns eingeladen, eine Stellungnahme zum Entwurf eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse abzugeben. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates tun wir dies gerne wie folgt:

Allgemein

Nachdem im National- und im Ständerat bereits 5 gleichlautende Motionen gutgeheissen wurden, die alle einen Verzicht auf einen Gegenvorschlag zur Initiative für eine Einheitskasse verlangen, gehen wir davon aus, dass die beiden Räte auch nicht auf die Gesetzesvorlage eintreten werden. Wir verzichten deshalb auf eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Vorlage.

Einverstanden sind wir mit den Zielsetzungen, nämlich die Risikoselektion einzuschränken, die Solidarität innerhalb der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu stärken und die Transparenz zu erhöhen. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass die Rückversicherung und die Trennung von Grund- und Zusatzversicherung entweder nicht der richtige Weg sind oder die falschen Mittel, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Risikoausgleich

Mit der Verfeinerung des Risikoausgleichs sind wir einverstanden. Dieser war bereits in der gescheiterten Managed Care Vorlage vorgesehen und dort unbestritten. Umso unverständlicher ist es, dass der Bundesrat den verfeinerten Risikoausgleich erneut mit einer Vorlage verknüpft, gegen die sicher das Referendum ergriffen würde und die es in einer Volksabstimmung sehr schwer haben würde. Wir regen an, diesen unbestrittenen und wichtigen Punkt rasch und separat dem Parlament zu unterbreiten.

Rückversicherung

Heute besteht immer noch ein Anreiz für die Krankenversicherer, möglichst wenig chronisch kranke Menschen in der Versicherung zu haben. Dieser Fehlanreiz kann und darf nicht damit korrigiert werden, indem die Kosten für diese Menschen solidarisch von allen Versicherungen getragen werden. Denn damit besteht auch kein Anreiz mehr für die einzelnen Versicherungen, dass sie im Rahmen von Disease- und Case-Management eine auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz ausgerichtete Versorgung anstreben. Das kann nur mit einem verbesserten Risikoausgleich erreicht werden, keinesfalls aber mit einer gemeinsamen Kostentragung. Wir lehnen deshalb die Schaffung eines Hochrisikopools ab.

Trennung von Zusatz- und Grundversicherung

Dass die Krankenversicherer sowohl mit der Durchführung einer Sozialversicherung betraut sind und gleichzeitig auch Privatversicherer nach VVG sind, ist tatsächlich nicht unproblematisch und kann zu Interessenkonflikten führen. Das starke politische Engagement der Krankenversicherer ist wohl eine Folge dieser Doppelfunktion. Nicht immer ist klar ob die Krankenversicherer bestimmte Interessen als Sozialversicherer oder als Privatversicherer vertreten. Dies etwa dann, wenn die Krankenversicherer sich immer wieder politisch dafür stark machen, dass möglichst viel in der Grundversicherung von der öffentlichen Hand finanziert wird (Kostenteiler).

Auch bezüglich Datenschutz, Risikoselektion und Querfinanzierung kann die Doppelfunktion zu Problemen oder Intransparenz führen.

Dennoch scheint uns die vorgeschlagene Trennung von Grund- und Zusatzversicherung als zu radikal, um das Problem zu lösen. Insbesondere liegt es auch nicht im Interesse der Versicherten, dass sie 2 Ansprechpartner haben. Die Abläufe zwischen Versicherten und Versicherung würden massiv erschwert und störungsanfälliger.

Aus all diesen Gründen lehnen wir die Vorlage ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungspräsident

Kopie (per E-Mail):
corinne.erne@bag.admin.ch